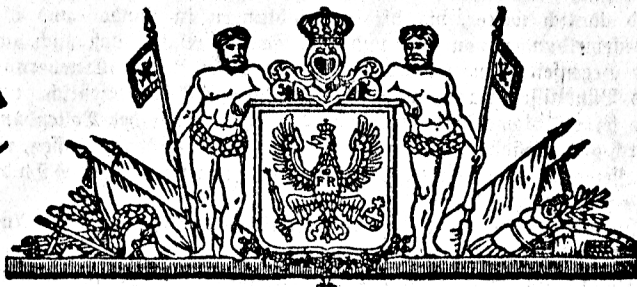


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (u. Ausn. d. Her. Zerst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 666.

## „Empfehlung“ der Wirtschaftsgemeinschaft.

### Diktat nur bei der Grenzziehung.

Der französische Standpunkt.

Paris, 13. Oktober. (W. L. B.)

Havas meldet: Nach erfolgter Prüfung des amtlichen Textes des Gutachtens des Völkerbundes werden die alliierten Mächte ihre Ansicht über das zu befolgende Verfahren mitteilen. Die englische Regierung hat tatsächlich den Wunsch geäußert, festzustellen, ob die Empfehlung des Völkerbundes dem Versailles-Vertrage entspreche, bevor sie bestätigt wird. Havas bemerkt hierzu, in dieser Beziehung scheint es kaum einen Zweifel zu geben. Das Gutachten des Völkerbundes enthält zwei voneinander getrennte und unabhängige Teile. Der erste Teil enthält die Festlegung der Grenze zwischen Polen und Deutschland in Oberschlesien. In dieser Beziehung ergäben sich keine Schwierigkeiten. Die Vertreter der Alliierten hätten nur die vom Völkerbund vorgeschlagene Grenze anzunehmen. Abgesehen von der Grenzlinie enthält das Gutachten aber noch Pläne betreffend wirtschaftliche Fragen, deren Annahme vom Völkerbund als wünschenswert zur Beseitigung der Grenzlinie erachtet wird. Havas fährt fort, während der Vertrag den Alliierten die Pflicht auferlege, die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien festzusetzen, sehe er keinerlei Beschränkung bezüglich der politischen Souveränität der beiden Staaten nach der Grenzfestsetzung vor. **So wünschenswert auch ein vorläufiges Wirtschaftsregime, wie es vom Völkerbund empfohlen werde, erscheine, könne es doch nicht gesetzmäßig den beiden beteiligten Parteien auferlegt werden. Man werde sich also darauf beschränken, den Polen und den Deutschen zu raten, sich miteinander zu verständigen, um die Ausbeutung des Industriegebietes zu sichern. Bezüglich der Grenze werde von den Alliierten also eine endgültige Entscheidung getroffen werden, bezüglich des vorläufigen Wirtschaftsregimes aber nur eine Empfehlung folgen.**

Weiter erklärt die Havasagentur, es habe nicht den Anschein, daß eine Konferenz des Obersten Rates nötig sein werde, um den Vorschlag des Völkerbundes zu bekräftigen. Das sei zum wenigsten die Ansicht, die in Paris vorherrsche, und sie scheine auch in London geltend zu werden. Somit würde wahrscheinlich dem Völkerbund die Aufgabe zufallen, die Entscheidung der Alliierten Warschau und Berlin mitzuteilen, was zweifellos zu Beginn der nächsten Woche erfolgen werde. Vorher würde die Interalliierte Kommission inoffiziell verständigt werden, die alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen haben werde. Binnen eines Monats nach der Notifizierung der Entscheidung würden die polnische und die deutsche Regierung für die Verwaltung ihrer Gebiete zu sorgen haben. Die Aufgabe der Interalliierten Kommission werde sofort nach der Zurückführung der französischen Truppen ihr Ende finden.

\*

Der logische und sachliche Widerspruch einer Entscheidung, die sich zunächst ausschließlich auf politische Gesichtspunkte und Interessen stützt und erst nachträglich den Versuch macht, die wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten künstlich und gewaltsam in diesen politischen Rahmen zu zwängen, wird durch die vorstehenden Ausführungen der Havas-Agentur sehr deutlich illustriert. Man gibt jetzt zu, daß der Versailler Vertrag lediglich eine neue Grenzführung vorsieht und macht deshalb die wirtschaftlichen Maßnahmen, die die katastrophalen Wirkungen dieser Grenzführung einigermaßen mildern sollen, von einer freien Uebereinkunft Deutschlands und Polens abhängig. Wie aber, wenn diese Vereinbarung mit Polen nur unter Bedingungen zu erzielen wäre, die für Oberschlesien und für Deutschland unannehmbar sind? Soll dann Deutschland zu einer solchen Uebereinkunft gezwungen werden? Oder soll sie unterbleiben und das Industriegebiet zugrunde gehen? Der Versailler Vertrag schreibt die Grenzführung vor, die sich nach den Ergebnissen der Abstimmung und nach den wirtschaftlichen Zusammenhängen richtet. Der Völkerbund hat eine Grenzlinie gezogen, die, wie aus seinen eigenen „Empfehlungen“ hervorgeht, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zerreißt und die ökonomische Entwicklung des Gebietes unterbindet. Es ist ein iblehrender Trübsinn, wenn jetzt durch die Unterzeichnung von Diktat und Vorschlag versucht wird, den Beschluß des Völkerbundes mit dem Versailler Vertrag in Einklang zu bringen. Die Art der Grenzführung, die man in Genf vorgenommen hat, läßt sich auf der Grundlage des Versailler Vertrags nicht rechtfertigen.

Dieser Widerspruch und Widerspruch erklärt vielleicht auch die Unstimmigkeiten, die anscheinend noch zwischen der Pariser und der Londoner Auffassung über die Genfer Entscheidung bestehen. Authentische Nachrichten über diese Meinungsverschiedenheiten liegen ja nicht vor. Nach privaten Informationen, die uns zugehen, soll aber Frankreich auf dem auch in der Havas-Meldung angedeuteten Standpunkte stehen, daß nur die neue Grenzführung unter allen Umständen zu erzwingen, die wirtschaftliche Vereinbarung aber den beiden Parteien zu überlassen sei (wobei angesichts der polnischen Einstellung und der polnischen Ansprüche ihr Zustandekommen äußerst zweifelhaft erscheint), während England die Grenzführung und die wirtschaftliche Regelung als einander gegenseitig bedingend, in enge und unlösliche Verbindung bringen möchte.

### Die Erwägungen der Parteien.

Um Wirth.

Die Parole des Abwartens bis zu der Veröffentlichung der offiziellen Mitteilungen über die Entscheidung des Obersten Rates wird nicht nur von der Reichsregierung, sondern auch von den Parteien befolgt. Das ist in dem gestrigen Beschlusse des Völkerrates zum Ausdruck gekommen, zunächst von einer Einberufung des Reichstages abzusehen, das dokumentiert sich auch darin, daß die Fraktionen des Reichstages heute nicht zusammengetreten sind und daß auch für morgen Fraktionsberatungen nicht in Aussicht genommen sind.

Dieses offizielle Abwarten schließt aber nicht aus, daß inoffiziell, gewissermaßen hinter den Kulissen, alle Möglichkeiten erörtert und alle Eventualitäten für den Fall besprochen werden, daß das Reichstabinett nach dem endgültigen Spruch über Oberschlesien sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen sollte, die Gesamtdemission zu beschließen. Ob diese Gesamtdemission erfolgen wird oder nicht, ist noch nicht entschieden. Aber da bei allen Parteien der Wunsch besteht, im Falle einer Regierungskrise kein langes Vakuum eintreten zu lassen, bemüht man sich schon jetzt um die Lösung einer eventuellen Krise.

Die Besprechungen darüber sind verbunden mit den Verhandlungen über die Koalition der Mitte. Daß dabei die Person und die Politik des Reichkanzlers Dr. Wirth im Vordergrund steht, ist begreiflich, und es wird in der nächsten Woche von entscheidendem Einfluß auf die Entwicklung der innerpolitischen Situation sein, welche Haltung die verschiedenen Parteien gegenüber Dr. Wirth einnehmen werden. Es steht bis jetzt nur bei den Sozialdemokraten fest, daß sie an Dr. Wirth festhalten und daß sie, gleichgültig ob lediglich eine Umbildung oder eine Neubildung des Kabinetts erfolgt, wünschen, daß Dr. Wirth an der Spitze der Regierung bleibe. Bei den Demokraten scheinen die Meinungen geteilt zu sein. Ein Teil tritt für ein Verbleiben Dr. Wirths ein, während der andere die Auffassung vertritt, daß der Reichkanzler einen Mißerfolg seiner Außenpolitik zu verzeichnen habe und daraus die Folgerung ziehen müsse, von der Leitung der politischen Geschäfte des Reiches zurückzutreten. In der Deutschen Volkspartei ist die Strömung, die gegen die Person des Reichkanzlers von früher her bestanden hat, unter dem Eindruck des ungünstigen Ausgangs des Kampfes um Oberschlesien erheblich verstärkt worden. Die Bereitwilligkeit dieser Partei, in die Koalition der Mitte einzutreten, besteht nach wie vor. Ob diese Bereitwilligkeit auch auf ein Kabinett Wirth ausgedehnt werden würde, ist strittig; aber es ist anzunehmen, daß die Volkspartei die Koalition der Mitte an einem Widerspruch gegen die Kanzlerschaft Wirths scheitern ließe. Sie würde sich mit einem Kabinett Wirth abfinden, wenn die anderen Koalitionsparteien an ihm unter allen Umständen festhalten sollten.

Der Schlüssel zu der Situation liegt jetzt vor allem bei jener Partei, der der Reichkanzler selbst angehört: beim Zentrum.

### Bernstorff für das Verbleiben Wirths.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 14. Oktober.

Auf Einladung der von Otokar Czernin geführten bürgerlichen Arbeiterpartei sprach in Wien der ehemalige Reichsminister und Botschafter Graf Bernstorff über „Deutschland und die Demokratie“. Er erklärte, ein Rücktritt der Regierung Wirth wäre im Augenblick ein Fehler und müßte in Deutschland ein Chaos schaffen. Durch diese vielgeschmähte Regierung seien in Deutschland große Fortschritte gemacht worden. Die deutsche Republik müsse darauf eingestellt werden, Zeit zu gewinnen und nicht eine Katastrophopolitik zu treiben, sonst würde Deutschland den Einmarsch der Franzosen erleben, was das Ende der deutschen Reichseinheit bedeuten würde.

## Der Weg nach Washington.

Der Kampf um den Pacific.

Von

J. Plant,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

\* Tokyo, im September.

Der Mittelpunkt und die im Grunde einzige Interessensphäre der japanischen Politik ist Ostasien, Inseln und Festland. Alles andere sieht sie nur unter dem Gesichtswinkel der eventuellen Auswirkung auf diese ostasiatische Welt. Trotz Teilnahme am Völkerbund und an anderen internationalen Abmachungen, trotz Auswanderung nach den Vereinigten Staaten, nach Mexiko und sonst wohin, trotz Beteiligung am Krieg im Mitteländischen Meer und an der Dardanellenkontrolle. Das ist der wesentlichste Unterschied zwischen dem japanischen und dem britischen Imperialismus. Die Inseln von Formosa bis vor Kamtschatka, Korea, China und Ostsibirien sollen eines Tages den Kern des japanischen Imperiums bilden, dem sich als Außenländer und Vorposten Indien, die Inseln des malaiischen Archipels und der Südpazifik bis dicht vor die Tore von Australien und im Osten bis Hawaii angliedern mögen, ein eng miteinander verknüpftes, kein Locher über die Welt verstreutes Reich, das ist das Ziel. Ob es erreichbar ist und wann, das haben wir heute nicht zu erörtern, aber festzustellen ist, daß Japan auf dem Wege dahin während der letzten sieben Jahre ein gutes Stück vorangekommen ist durch den englischen Verbündeten und gegen ihn, die natürliche Folge der Aufrechterhaltung der fiktiven Interessengemeinschaft im japanisch-englischen Bündnis und den andern in ihm enthaltenen und garantierten Fiktionen. Wie es auch nur natürlich war, daß im Augenblick, da das Gleichgewicht der gegeneinander sich frei auspielenden oder gebundenen Kräfte aufgehoben war, der Wettkampf in verschärfter Waise beginnen und bei längerer Dauer eine Wiederherstellung des Gleichgewichts im alten Sinne und mit den alten Mitteln unmöglich machen mußte.

Nach dem Fall von Tsingtau war für Japan die Teilnahme an kriegerischen Aktionen gegen Deutschland nur noch indirekt von Interesse. Seine ganze Aufmerksamkeit konnte sich der Hauptaufgabe seiner Politik, dem Versuch einer möglichst weitgehenden Auskreuzung der Europäer und Amerikaner aus seiner Interessensphäre, deren Grenzen wir oben gezeichnet haben, zuwenden. Ueber den ersten und stärksten politischen Vorstoß, die 21 Forderungen, die ebenso gegen die Fremden wie gegen China gerichtet waren, wurde bereits berichtet. Von Tsingtau und der Chinesischen See, auf die England die Kriegshilfe Japans zu beschränken versucht hatte, ging es weiter nach den deutschen Inseln in der Südpazifik, wo nur mit Mühe eine Einigung über die Teilung mit Australien und Neuseeland erzielt wurde, eine, wie sich bald herausstellte, kaum als endgültig zu betrachtende Regelung, denn die Australier werden auch weiterhin bei jeder Gelegenheit dem neuen Nachbarn zeigen, wie wenig sympathisch ihnen seine Nähe ist. Nicht bloß ihnen, sondern auch den Amerikanern, die erst in Versailles erfuhr, daß die Verteilung der Südpazifik-Beute durch einen geheimen Vertrag lange vor ihrem Eintritt in den Krieg festgelegt worden war und nun als fait accompli behandelt werden sollte.

Auf dem asiatischen Festland bot der Zusammenbruch Rußlands Gelegenheit zu dem zweiten großen Vorgehen. Rücksichtnahme auf den Geheimvertrag von 1916 mit seiner Festlegung der Grenzen der beiderseitigen Interessensphären war nicht mehr nötig. Wie man von den Deutschen die Schantung-Bahn mit den dazugehörigen Nebenrechten „übernommen“ hatte, so gedachte man es hier mit der russischen „Ostchinesischen Bahn“ zu tun. Wie vor Tsingtau zunächst mit den Engländern als Kampfgenossen, so hier zunächst mit Engländern, Franzosen, Amerikanern und andern Alliierten und Assoziierten. Wodurch es nicht ein japanisches, sondern ein gemeinsames Unternehmen der Verbündeten wurde, die demgemäß gemeinsam die Verantwortung und die Folgen zu tragen hatten, auch wenn schließlich Japan allein auf dem Schauplatz blieb. Ähnlich wie eine generelle Anerkennung gewisser Sonderrechte in den Japan benachbarten Gebieten von Amerika durch das Ichi-Lansing-Abkommen erlangt war, wodurch die unter dem japanisch-englischen Bündnis gewonnene Aktionsfreiheit in wertvoller Weise erweitert wurde.

So viel hatte Japan aus dem Kriege für sich herausgeholt. Es durfte mit dem englischen Bündnis, unter dessen Firma es in den Krieg eingetreten war, zufrieden sein, mußte es auch, denn erstens galt es noch, in den Friedensverhandlungen für die bisher nur in Geheimverträgen zugesprochenen Gewinne die öffentliche Anerkennung gegen die mit Sicherheit kommenden Widerstände und Einsprüche von Amerika, China und Australien zu gewinnen. Und zweitens blieb ihm, wenn es nicht England und Amerika isoliert gegenüberstehen wollte, gar nichts anderes übrig als ein Festhalten an dem, was es hatte und unsicher sich weiter sichern zu können glaubte.